

Die Wahlen im

Filzmaier
analysiert ↗

Queen Elizabeth II ist seit 65 Jahren Staatsoberhaupt in Großbritannien.

Sie darf allerdings politisch nur das tun, was ihr Premierministerin Teresa May vorschlägt. May wiederum verdankt das Amt den Mehrheiten im Parlament. Durch die Wahl am 8. Juni kommt es zu einer Neuregelung der britischen Machtverhältnisse.

welche Zuständigkeiten haben. Sogar die 1999 in Schottland und Wales eingeführten Regionalparlamente könnten nach dem Grundsatz der Souveränität des Parlaments sofort abgeschafft werden.

2. Es gibt keine österreichischen Höchstgerichte vergleichbare Stelle, welche über die Verfassungsmäßigkeit der vom Parlament beschlossenen Gesetze entscheidet. Wie auch? Großbritannien hat

keine in einer Urkunde zusammengefasste Verfassung. Also kennt man Zweidrittelmehrheiten für Verfassungsänderungen nicht. Mit 50 Prozent und einer Stimme im Parlament können Parteien wirklich alles ändern oder umdrehen.

3. Volksabstimmungen finden bloß statt, wenn das Parlament sie beschließt. Zum Brexit kam es, weil die konservative Mehrheitspartei das Referendum für klug hielt.

Als Gegner des Austritts glaubte ihr damaliger Regierungschef, David Cameron, das lästige Thema damit loszuwerden. Was misslang, obwohl die Macht der Abgeordneten es theoretisch ermöglicht hätte, dennoch in der EU zu bleiben.

4. In der vorgezogenen Neuwahl konkurrieren zwei Hauptparteien („Tories“ genannte Konservative und „Labour“ als Sozialdemokraten), in welche Richtung die Politik fünf Jahre lang steuert. Das Volk wählt in 650 Wahlkreisen seine Volksvertreter.

Das System „First-Past-the-Post“ bedeutet dabei, dass der jeweils erstplatzierte Kandidat den Abgeordnetensitz erhält und alle sonstigen Bewerber nichts bekommen. Dafür genügt eine einzelne Stimme Vorsprung.

5. Das führt zum Phänomen der überzähligen und verlorenen Stimmen. Überzählig meint, dass ein Riesenvorsprung nicht mehr bringt als ein hauchdünner Gewinn. Denn in beiden Fällen erhält man als Wahlkreissieger genau einen Sitz. Als verloren gelten alle Stimmzettel, die für unterlegene Bewerber abgegeben wurden.

Im Unterschied zum Verhältniswahlrecht erhalten Parteien mit bundesweit zehn, 20 oder 30% eben keine dementsprechende Abgeordnetenzahl zugesprochen. Der Zweite ist überall der

Landes Ihrer Majestät



Teresa May oder Jeremy Corbyn: Wer übernimmt die Macht im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland?

erste Verlierer und kriegt exakt null Komma null.

6. Warum nur, warum? Das britische System fördert klare Mehrheiten. Drittparteien – vor allem Nationale und Liberale – spielen eine untergeordnete Rolle, weil ihnen selbst nach Achtungserfolgen wenige Sitze bleiben. Koalitionen sind da selten notwendig. Derzeit stellen die Konservativen mit Premierministerin May an der Spitze 330 Parlamentarier, die Sozialdemokraten 229.

Dahinter: 54 Vertreter der Schottischen Nationalpartei (SNP) und sieben weitere Parteien mit weniger als zehn Mandaten. Diese nehmen als Opposition am politischen Entscheidungsprozess praktisch nicht teil.

7. Die Briten wollen das, weil eine Partei – egal, ob am kommenden Donnerstag nun Konservative oder Sozialdemokraten vorne sein werden – mit deutlich mehr Abgeordneten Entscheidungen treffen soll, statt mühsam Kompromisse zu verhandeln.

Das kann bei Mehrheits- und Kurswechseln nach Wahlen freilich zu einem kuriosen politischen Zickzack-Kurs führen. Beispielsweise wurden in der Vergangenheit die britischen Eisenbahngesellschaften abwechselnd privatisiert und wieder verstaatlicht.

8. Wenn das Parlament derart wichtig und stark ist, verwundert es, dass trotzdem alle von der Regierung und speziell

May als Premierministerin reden. Denn sie hat etwas, das den Abgeordneten fehlt: jede Menge Mitarbeiter zur Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen. Auch mangels Personal müssen Abgeordnete der Regierungspartei oft durchwinken, was die Regierung vorbereitet. Eine Situation, die wir aus Österreich kennen.

9. Die große Schwäche des Unterhauses ist, dass es sich um ein „Redeparlament“ handelt.

Die geschichtliche Idee dahinter war, dass in einer Art Tribünenfunktion für das Volk gut wahrnehmbar Pro- und Kontra-Argumente zu einem Gesetz ausgetauscht werden. Obwohl die Entscheidung in Wahrheit gefallen ist und heute Mas-

senmedien das Für und Wider längst kommuniziert haben. Doch die Ressourcen für inhaltliche Tätigkeiten eines „Arbeitsparlaments“, wie es etwa der Kongress in den USA ist, hat man nicht. Und ebenso schwach sind die Kontrollmöglichkeiten der Regierung.

10. Nachdem die Königin den Mehrheitsführer im Parlament als Premierminister ernannt, geht es somit in der Wahl darum, ob das unverändert May oder ihr sozialdemokratischer Herausforderer Jeremy Corbyn sein wird. Er oder sie – und natürlich nicht die Queen – ist dann die mächtigste Person des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.



Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1. Die Mehrheit im „Unterhaus“ des nationalen Parlaments entscheidet alles, weil anders als bei uns Bundesländer und Gemeinden keinen fixen Anspruch auf irgend-



Queen Elizabeth II darf politisch lediglich das tun, was ihr die Premierministerin vorschlägt